

## Die Kirchen, das kommunistische China und die Vereinten Nationen

Als am 29. November 1967 die UN-Vollversammlung zum achtzehntenmal die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen ablehnte, nahm man nur wenig Notiz von dieser Entscheidung. Wahrscheinlich hat sich die Welt schon zu sehr an diese jährliche Ablehnung gewöhnt, man hatte kein anderes Ergebnis erwartet. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Abstimmung einhelliges Lob findet, ganz im Gegenteil verstärken sich außerhalb der UN die Bemühungen verschiedenster Gruppen und Institutionen um eine Beendigung der bisherigen Isolierung Chinas.

Daß sich allerdings christliche Kreise in der letzten Zeit besonders aktiv in dieser Richtung engagierten, hätten viele vor einigen Jahren noch für unmöglich gehalten, ja selbst heute erscheint manchem dieser Schritt noch als verfehlt und ungeheuerlich.

Die im Oktober 1967 vom Dritten Weltkongreß für das Laienapostolat geforderte Anerkennung der Volksrepublik China und deren Aufnahme in die UN konnte aber kaum überraschen, man griff damit im Grunde nur auf länger zurückliegende Initiativen des Papstes zurück, der in seinem Friedensappell vor der UN-Vollversammlung am 4. Oktober 1965 (vgl. Herder-Korrespondenz 19. Jhg., S. 650) erstmals eine Neubestimmung und Neubestimmung der Weltorganisation proklamierte: „Ihre Berufung ist es, nicht nur einige, sondern alle Völker zu verbrüdern. Ein schwieriges Unterfangen? Ganz sicher. Das ist aber Ihr Unterfangen, Ihr edles Unterfangen... Wirkt dahin, daß jene, die sich von Euch abgewendet haben, zurückkehren. Überlegt, wie jene, die ihm noch nicht angehören, in Ehre und mit Loyalität zu Eurem Pakt der Brüderlichkeit gerufen werden können. Macht, daß die noch Außenstehenden das gemeinsame Vertrauen wünschen und verdienen, und seid dann edelmütig, es ihnen zu gewähren.“

### *Beachtung der politischen Realitäten*

Begreiflicherweise löste damals dieser Aufruf — je nach Standpunkt der Kommentatoren — die unterschiedlichsten Reaktionen aus. Zwar war kein Staat vom Papst namentlich erwähnt worden, doch konnte kaum ein Zweifel bestehen, daß mit „jenen, die sich abgewendet haben“, Indonesien gemeint war, das am 7. Januar 1965 wegen Malaysia seinen Austritt erklärt hatte (und nun seit 1966 wieder mitarbeitet), und daß der Hinweis auf „jene, die ihm noch nicht angehören“, auch auf die Nichtmitgliedschaft Pekings gezielt war.

Während der amerikanische Senator J. William Fulbright seine Hoffnung zum Ausdruck brachte, „daß Amerika China gegenüber jene Großmut an den Tag legen wird, die einer großen Nation gut zu Gesicht steht, und daß die USA den Rat von Papst Paul VI. befolgen werden“ (J. W. Fulbright: Die Arroganz der Macht, Hamburg 1967, S. 167), sprachen Nationalchinesen und deren amerikanische Partner damals von einer Fehlinterpretation der Ausführungen des Papstes. Da sie diese Behauptung aber anscheinend nicht an Hand des Textes beweisen konnten, griffen sie wiederholt auf „das offizielle Organ des Vatikans“, den „Osservatore Romano“, zurück, der in einem Leitartikel unter der Überschrift „Die Kirche und die universale Gemeinschaft der Staaten“ am 18. Ok-

tober 1965 betont hatte, es gebe Leute, die diesen Worten des Papstes „eine präzise politische Absicht“ beigemessen hätten, die wirkliche Universalität bedeute aber nicht die arithmetische Summe der Nationen; sie setze aber die Konvergenz eines jeden über wirksame Anerkennung von und Respekt vor dem Naturgesetz, dem Fundament der Vereinten Nationen, voraus (vgl. „Free China Review“, August 1966, S. 15, und „National Review“, 31. 5. 66, S. 520). Diese Argumentation, eingebaut in größere Artikel beider Zeitschriften gegen die Aufnahme Pekings und gegen eine neue China-Politik der USA, konnte angesichts verschiedener weiterer Bemühungen des Papstes aber schon bald nicht mehr ausreichen, um seine Stellungnahme abzuschwächen.

Was Papst Paul VI. meinte, als er in seiner Weihnachtsansprache 1965 davon sprach, man müsse „vergeben können und eine neue Geschichte anfangen, in der die Beziehungen unter den Menschen nicht beherrscht werden von Macht und Gewalt und nicht vom wirtschaftlichen Vorteil oder vom Stand der zivilen Entwicklung, sondern von einem höheren Begriff der Gleichheit und Solidarität“, machte er mit seinem Telegramm vom Silvester-tag 1965 „an den Präsidenten der Volksrepublik China, Mao Tse-tung“, deutlich, in dem er diesen zur Mithilfe bei einer gerechten Lösung des Vietnam-Konfliktes aufforderte: „Das Prestige, das China heute genießt, zieht zu Recht die Aufmerksamkeit der Welt auf sich. Eine Intervention Ihrerseits würde Sie in den Augen der Menschheit ehren... (und so) bitten wir Sie, diesen Aufruf zusammen mit unseren besten Wünschen anzunehmen, die wir vor Gott an der Schwelle des neuen Jahres für das chinesische Volk aussprechen.“

### *Ein denkwürdiger Appell*

Natürlich können die Gegner dieses Vorstoßes, denen bei der Erwähnung von „Prestige“ und „Aufmerksamkeit der Welt“ im Zusammenhang mit China nicht wohl zumute war, darauf verweisen, daß der Appell unbeantwortet blieb und sich in Vietnam nichts geändert hat. Allerdings hatte wohl auch kaum jemand ernsthaft eine sofortige Reaktion oder gar Annäherung erwartet. Dafür bestehen zu viele ideologische Barrieren, die sich in nunmehr achtzehn Jahren angehäuft haben. Wichtig aber scheint doch zu sein, daß der Papst dennoch ein Zeichen des guten Willens setzte, daß er die Isolierung und Nichtbeachtung durchbrach und so vielleicht den Beginn eines langwierigen Prozesses des Umdenkens einleitete.

Seine Ansprache vom 6. Januar 1967 in St. Peter unterstrich noch einmal diese Bemühungen, alles zu tun, um die aufgerichteten Trennmauern zu durchbrechen. Ging der Papst doch so weit, gerade in einer Zeit, da erschreckende Schilderungen über Auswüchse der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ die Zeitungen füllten und selbst ehemalige Befürworter einer Anerkennung Rotchinas Peking die Unterstützung versagten, von Verständnis für „den Umbruch der gegenwärtigen geschichtlichen Phase seiner Entwicklung von den alten und statischen traditionellen Formen seiner Kultur zu den unausweichlichen neuen, die aus den industriellen und sozialen Strukturen des modernen Lebens hervorgehen“, zu sprechen und erneut Kontakte „mit denen, die dem heutigen chinesischen Leben auf dem Festland vorstehen“, vorzuschlagen; Kontakte, „wie wir sie mit jenem Teil des chinesischen Volkes, mit dem wir freundschaftliche Be-

ziehungen unterhalten, haben“ (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 60).

Damit war auch Nationalchina, d. h. die Republik China auf der Insel Taiwan (Formosa) unter Tschiang Kai-schek angesprochen, mit dem der Heilige Stuhl seit langem diplomatische Beziehungen unterhält, die gerade am 24. Dezember 1966 von Rom durch eine Erhebung der Apostolischen Nuntiatur zu einer Apostolischen Nuntiatur aufgewertet worden waren. Daß es aber gerade Nationalchina ist, das jegliche Verbindung und Kontaktaufnahme zur Volksrepublik China anprangert und zu verhindern sucht und außerdem für sich das Recht in Anspruch nimmt, in der UN das gesamte chinesische Volk zu vertreten, machte die Ansprache des Papstes noch bezeichnender. Der Papst steht innerhalb der christlichen Kirchen keineswegs allein.

Bereits am 21. November 1958 äußerte sich die 5. „World Order Study Conference“ des „Nationalrates der Kirchen“ in Ohio — ebenso wie kurz darauf der „Rat für christlich-soziale Aktion“ der „United Church of Christ“ — positiv zu einer Anerkennung Pekings. Fast gleichzeitig mit den ersten Äußerungen des Papstes in dieser Beziehung veröffentlichten die Quäker Vorschläge für eine neue China-Politik (A New China Policy — Some Quaker Proposals, New Haven 1965), und auch die unter der Schirmherrschaft des Ökumenischen Rates der Kirchen tagende Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft sprach sich im Juli 1966 für eine UN-Aufnahme der Volksrepublik China aus.

Fast parallel dazu bemühten sich besonders in den USA verschiedene Gruppen um diese neue Politik, so die Organisation „Americans for Reappraisal of Far Eastern Policy“ (ARFEP) und eine Reihe von Professoren während der Senats-Hearings über China im März 1966. Was hier an Entkrampfung, Beseitigung von Emotionen und Hinwendung zur Sachlichkeit geleistet wurde, führte allerdings noch nicht zu greifbaren Ergebnissen. Energetischer Gegner dieser neuen Strömungen ist — was man teilweise gut verstehen kann — die nationalchinesische Regierung auf Formosa, geht es doch um ihren Sitz, ihr Prestige, vielleicht ihr Fortbestehen. Es dürfte schwer sein, einen für alle Betroffenen erträglichen Ausweg aus dieser Sackgasse zu finden. Eine Reorganisation der UN aber, die heute offensichtlich an vielem krankt, wird deshalb nicht nur von Peking gefordert, sondern von der Mehrzahl der Mitglieder, da man so eventuell auch das China-Problem besser lösen könnte.

### *Politische Hintergründe*

Dabei war die Frage der Repräsentation der Volksrepublik China bereits im Jahre 1949 — kurz nach der Machtübernahme der Kommunisten und noch vor Niederlassung der fliehenden Tschiang-Kai-schek-Anhänger auf Formosa — vom damaligen Außenminister an die Vereinten Nationen herangetragen worden, die auch im Januar 1950 im Sicherheitsrat und Ende desselben Jahres in der Vollversammlung darüber berieten. Zum damaligen Zeitpunkt — zumindest bis Mitte 1950 — waren selbst die USA, die sich bis heute nicht zu einer Beendigung der Isolation Rotchinas durchringen konnten, aufgeschlossen für einen Wechsel in der Vertretung Chinas bei der UN, wie aus einer Veröffentlichung von J. F. Dulles eindeutig hervorgeht, der darin u. a. zum Ausdruck brachte, die kommunistische Regierung Chinas solle

in die Vereinten Nationen aufgenommen werden, wenn sie die Fähigkeit beweise, „China ohne ernstlichen inneren Widerstand zu regieren“. Daran schloß Dulles die Überlegung: „Kommunistische Regierungen beherrschen heute mehr als 30 Prozent der Weltbevölkerung. Vielleicht gefällt uns die Tatsache nicht; in der Tat, sie gefällt uns ganz und gar nicht. Aber wenn wir eine Welt-Organisation haben wollen, dann sollte sie repräsentativ für die Welt sein, wie sie nun einmal ist“ (J. F. Dulles: War or Peace, New York 1950, S. 190/191).

Verschiedene Ereignisse oder Umstände führten schließlich dazu, daß diese Haltung sich änderte und die Anerkennung Pekings 1950 abgelehnt, von 1951 bis 1960 regelmäßig nicht auf die Tagesordnung der UN gesetzt und seither erfolglos diskutiert worden ist. Eng verbunden waren sie alle mit dem Geschehen in den USA, wo auch heute noch wegen des Einflusses und Einspruches der Amerikaner in der UN das Zentrum des Widerstandes gegen die Mitgliedschaft der Volksrepublik China zu suchen ist.

Erheblichen Einfluß auf die Entwicklung der Beziehungen zum kommunistischen China — in Form einer Bremse — übte die fast vier Jahre währende antikommunistische Propaganda und Verdächtigungskampagne von Joseph McCarthy, dem ehemaligen Senator von Wisconsin, aus.

Glaubt man den Ausführungen von Richard Rovere in seinem Buch „Senator Joe McCarthy“ (New York, Harcourt 1959, S. 122 ff.) über den Ursprung und die Zielsetzungen der Kampagne des katholischen Senators, so waren kirchliche Kreise daran nicht unbeteiligt. Die Mentalität, die sie möglich machte und begleitete — sie war angesichts der Christenverfolgungen in den kommunistischen Staaten und besonders in Rotchina verständlich — und der auch Vertreter der Hierarchie anhängen, hat die rein abwehrende Haltung gegenüber Rotchina wesentlich mitgeprägt.

Ein weiterer Grund für die ablehnende Stellung gegenüber Festland-China lieferte der Korea-Krieg, ja selbst heute klammern sich viele Peking-Gegner an diese blutige Auseinandersetzung. Es wird zwar noch einige Zeit dauern, bis alle Hintergründe und diplomatischen Bemühungen dieses Konfliktes offengelegt werden, aber heute läßt sich doch schon mit ziemlicher Sicherheit sagen, daß die im Januar 1951 von den UN ausgesprochene Verurteilung Chinas als „Aggressor“ im Korea-Krieg fragwürdig war und bestimmt im Jahre 1967 nicht mehr aufrechterhalten werden kann (vgl. K. M. Panikkar: Botschafter in beiden China, Frankfurt 1956, S. 124 ff.). Hinter dem nordkoreanischen Angriff auf Südkorea vom Juni 1950 stand sicher die Sowjetunion, doch wurde nicht sie als Aggressor verurteilt, sondern Nordkorea und später die Volksrepublik China, als diese bei ständigem Näherrücken der unter amerikanischem Oberbefehl stehenden, aus 16 Nationen stammenden UN-Streitmacht gegen die chinesischen Grenzen den Nordkoreanern zu Hilfe eilte.

### *Nationalchinesische Befürchtungen*

Daß Nationalchina mit Hilfe einer eifrigen China-Lobby ständig bemüht ist, seine Position zu behaupten und Anhänger dafür zu werben, ist eigentlich normal, die Methode jedoch, z. B. alle Professoren, die eine Überprüfung der amerikanischen China-Politik empfehlen, als „sogenannte China-Experten“ von vornherein zu disqualifizieren und als Kommunistenfreunde zu verdächtigen,

behindert aber gewiß auch die notwendig sachliche Auseinandersetzung und birgt die Gefahr in sich, daß nun die Gegenseite alle Behauptungen Formosas als pure Propaganda bezeichnen kann.

Ausdruck für die Befürchtung eines Teiles der Bevölkerung Formosas war ein „Offener Brief an das amerikanische Volk“ vom 15. Mai 1966 (vgl. „Free China Review“, Juni 1966, und „Freies Asien“ vom 26. 9. 66), unterzeichnet von mehr als 1600 Professoren, darunter neben ausländischen Fakultätsmitgliedern der katholischen Fu-Jen-Universität auch deren Präsident, Erzbischof Paul Yü Pin.

Darin wurde zwar festgestellt, „daß das Pekinger Regime das chinesische Volk haßt“, daß amerikanische Professoren „Friedenskrämer“ sind, und ihr Vorschlag einer „Eindämmung ohne Isolierung“ ein Widerspruch in sich selbst ist, ja daß man das Regime „wirkungsvoll isolieren“ müsse und das Handelsembargo nicht aufheben dürfe, da dies „einer Auffüllung der Nahrungsmittelvorräte des Feindes gleich“ käme. Es wurde auch feierlich erklärt, daß sie „niemals die USA in einen Krieg mit den chinesischen Kommunisten verwickelt sehen möchten“. Sie distanzieren sich aber nicht von dem erklärten Ziel Formosas, nämlich einem „Angriff auf das Festland“, dem „einzigen Weg, um den Ursprung der Geißel zu beseitigen“ („Free China Review“, August-Nummer 1966).

#### *Ein Interview des Erzbischofs Yü Pin*

In einem Gespräch mit Pater Mario von Galli (vgl. „Ruhr-Wort“, Jhg. 6/24) beklagte sich Erzbischof Yü Pin über die westliche Politik und das westliche Christentum, die er nicht verstehen könne. Er fügte hinzu, das Rad der Geschichte könne man nicht zurückdrehen, und sagte zu den Aufgaben der Kirche im Hinblick auf China, „nicht sich machtpolitisch vor den Chinesen zu schützen, wie das bis in vatikanische Kreise beobachtet wird, ist ihre Mission, sondern die Ansatzpunkte Chinas für das Christentum genauestens zu studieren und mit Kühnheit ihre Entwicklung auch auf neuen Wegen zu versuchen“.

Wohl niemand wird bestreiten können, daß auf Formosa in dieser Hinsicht wertvolle und für die Zukunft der Kirche Chinas notwendige Arbeit geleistet wird. Ob in der caritativen oder Bildungsarbeit, in der Publizistik oder theologischen Forschung, überall arbeitet man auf Formosa mit Energie und neuen Ideen an einem in chinesischer Kultur verankerten Christentum. Hier versucht man das zu verwirklichen, was auf dem Festland begonnen, dann jedoch durch den kommunistischen Vormarsch teilweise mit Brutalität gestoppt wurde. Aus dieser Erfahrung heraus, aus dem Erleben des Zusammenbruchs mühsamer Arbeit und dem Ende jeglicher missionarischer und fast aller religiöser Betätigung sowie aus der Furcht, auch der inzwischen auf Formosa gelegte Neubeginn könne bei einem Ende der Isolierung Pekings oder gar einer Aufgabe Formosas durch die Amerikaner wiederum umsonst gewesen sein, ist das Unbehagen eines Teiles der christlichen Bevölkerung über die Schritte des Papstes in Richtung Peking natürlich zu verstehen. Kann diese aus der Angst herrührende Haltung aber die Gefahren einer andauernden Isolierung beseitigen?

Peking und seine Verbündeten fordern „die Wiederherstellung der legitimen Rechte Chinas in den Vereinten Nationen“, die Gegner dieser Aufwertung greifen auf alte Begründungen zurück und versuchen mit Hinweisen auf Pekings Anspruch auf „die Führungsrolle in der Weltrevolution“, auf Einmischungen und Niederlagen außerhalb sowie die Vorgänge innerhalb Chinas diese Anträge zunichte zu machen. Zugleich läßt sich eine zunehmende Selbstisolierung Chinas feststellen, in der viele Beobachter eine „dem chinesischen Weltbild gemäße traditionelle Position“ („Neue Zürcher Zeitung“, 21. 10. 68) zu erkennen glauben. Wahrscheinlich muß man hierbei aber doch Ursache und Wirkung unterscheiden, da manche Begründung für die heute feststellbare Ansicht Chinas, man sei „die Bastion des sozialen Fortschritts und der Zivilisation, die wieder einmal von den ‚Barbaren‘ gefährdet ist“ (ebd.), in der seit 1949 von außen auferlegten Isolierung gefunden werden kann. Inzwischen verweist Peking mit Stolz darauf, daß man auch ohne UN und ihre nützlichen Unterorganisationen, trotz strengen Handelsembargos der USA und vieler ihrer Verbündeten, trotz des Rückzugs sowjetischer Techniker und Beendigung wirtschaftlicher Hilfe aus Moskau das Land aufgebaut, Ansehen oder zumindest Beachtung gefunden und eigene Kernwaffen entwickelt hat. „Die gegenwärtige Situation, in der die Vereinigten Staaten die Mehrheit in den Vereinten Nationen kontrollieren und große Teile der Welt beherrschen“, so lautet das rotchinesische Urteil bereits 1958, „ist eine vorübergehende Lage, die sich eines Tages ändern wird. Chinas Lage als armes Land, das seiner Rechte im internationalen Leben beraubt ist, wird sich ebenfalls wandeln. Ein armes Land wird ein reiches Land sein, ein Land ohne Rechte wird zu einem Land werden, das von seinen Rechten Gebrauch machen kann“ („Pekinger Volkszeitung“, 27. 10. 58). Zielstrebig versucht China, die Zwangsisolierung zu überwinden und Gegenkräfte aufzubauen. Es wandte sich gegen ein „Monopol der Imperialisten und reaktionären Staaten“ in Sportangelegenheiten und setzte deshalb den Olympischen Spielen die „Wettspiele der Neuaufstrebenden Kräfte“ (GANEFU) gegenüber; es bettelt nicht mehr inständig um UN-Aufnahme, sondern wies bereits 1965 (nach dem Austritt Indonesiens) auf die Möglichkeiten einer stärkeren Gegen-UN hin, es boykottierte die Internationale Konferenz der Rotkreuzgesellschaften, lehnte Weizengeschenke zu Zeiten von Hungersnöten vom Roten Kreuz und den USA ab und fühlt sich natürlich weder an einen Atomsperrvertrag noch ein Teststop-Abkommen gebunden, es sagte Moskau den Kampf an und schafft sich Organisationen afro-asiatischer Gesinnungsgenossen oder Sympathisierender. Hier liegt wohl die größte Gefahr. Der allmähliche „Übermut“ Pekings steigert sich dadurch noch und kann zudem leicht wegen der Nichtbindung an irgendwelche Beschlüsse und Vereinbarungen sowie wegen der durch die Isolierung — ob auferlegt oder gewollt — bedingten Fehleinschätzung der Ziele, Beweggründe, Politik und Einstellungen der Außenwelt die Grenzen überschreiten und weltweite Katastrophen einleiten. Die von kirchlicher Seite geförderten Entspannungsversuche erscheinen dadurch auf einem sehr realpolitischen Hintergrund.